

Synoptische Darstellung

<b>Bisheriges Recht</b>	<b>Neues Recht</b>
<p><b>Steuerreglement</b> vom 27. Januar 1975</p> <p><i>Der Einwohnerrat Pratteln,</i> erlässt, aufgrund des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern und den Finanzausgleich (Steuer- und Finanzgesetz) vom 7. Februar 1974 und gestützt auf § 20, Ziffer 2 der Gemeindeordnung, folgendes Steuerreglement:</p>	<p><b>Steuerreglement</b> vom 27. Januar 1975</p> <p><i>Der Einwohnerrat Pratteln,</i> gestützt auf § 46 und § 151 des Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970<sup>1</sup> und § 1 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern vom 7. Februar 1974<sup>2</sup> beschliesst:</p>
<p><b>§ 1 Gegenstand</b></p> <p>1) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Einwohnergemeinde Pratteln gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuer- und Finanzgesetzes vom 7. Februar 1974 (nachfolgend StG) und der dazugehörigen Vollziehungsverordnung folgende Steuern:</p> <p>a) Einkommens- und Vermögenssteuern von den natürlichen Personen<sup>3</sup>  b) Ertrags- und Kapitalsteuern von den juristischen Personen, die im Sinne des StG in der Gemeinde steuerpflichtig sind,  c) – d)<sup>4</sup>  e) eine Fürsorgesteuer<sup>5</sup></p>	<p><b>Unverändert</b></p> <p><sup>1</sup> Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Einwohnergemeinde Pratteln gemäss den Bestimmungen der kantonalen Steuergesetzgebung folgende Steuern:</p> <p>a) Einkommens- und Vermögenssteuern von den natürlichen Personen<sup>6</sup>  b) Ertrags- und Kapitalsteuern von den juristischen Personen, die im Sinne des StG in der Gemeinde steuerpflichtig sind,  c) – d)<sup>7</sup>  e) <i>Aufgehoben</i></p>

<sup>1</sup> SGS 180

<sup>2</sup> SGS 331

<sup>3</sup> Fassung vom 22. April 1991, in Kraft seit 28. August 1991.

<sup>4</sup> Aufgehoben am 22. Oktober 2001 mit Wirkung ab 1. Januar 2001.

<sup>5</sup> Ergänzung vom 22. April 1991, in Kraft seit 28. August 1991.

<sup>6</sup> Fassung vom 22. April 1991, in Kraft seit 28. August 1991.

<sup>7</sup> Aufgehoben am 22. Oktober 2001 mit Wirkung ab 1. Januar 2001.

2) <sup>8</sup>	Unverändert
<p><b>§ 2 Steuerfuss und Steuersatz</b></p> <p>Der Einwohnerrat setzt alljährlich bei der Beratung des Voranschlages fest:</p> <p>a) den Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer gemäss § 19 StG  b) den Steuersatz für die Ertragssteuer gemäss § 58 Abs. 3 StG  c) – d)<sup>9</sup>  e) den Steuersatz für die Fürsorgesteuer<sup>10</sup>  f) den Steuersatz für die Kapitalsteuer (§ 62 Absatz 1 StG)<sup>11</sup></p>	<p>Unverändert</p> <p>Der Einwohnerrat setzt alljährlich bei der Beratung des Voranschlages fest:</p> <p>a) den Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer gemäss § 19 StG  b) den Steuersatz für die Ertragssteuer gemäss § 58 StG  c) – d)<sup>12</sup>  e) <i>Aufgehoben</i>  f) den Steuersatz für die Kapitalsteuer gemäss § 62 StG<sup>13</sup></p>
<p><b>§ 3 Steuerveranlagung</b></p> <p>1) Der Gemeindesteuerbeamte veranlagt die unselbständig Erwerbenden und die ambulanten Steuerpflichtigen gemäss § 107 StG zur Staats- und Gemeindesteuer sowie gemäss besonderer kantonaler Verordnung zur Wehrsteuer. Massgebend sind im übrigen die besonderen Weisungen des Regierungsrates und der Finanzdirektion.</p> <p>2)<sup>14</sup></p>	<p>Unverändert</p> <p>Die Veranlagung der Unselbständigerwerbenden erfolgt durch den Kanton.</p>
<p><b>§ 4 Gemeindesteuerrechnung Verbindlichkeit der Staatssteuerveranlagung</b></p> <p>1) Für die Gemeindesteuer ist die rechtskräftige Staatssteuerveranlagung massgebend (§ 185 StG). Die Gemeindesteuerrechnung wird dem Steuerpflichtigen durch die Gemeinde zugestellt</p> <p>2) Für die Gemeindesteuer können Vorausrechnungen gestellt werden, welche später durch die definitiven Rechnungen zu berichtigen sind.</p>	<p><b>§ 4 Gemeindesteuerrechnung</b></p> <p>Unverändert</p> <p>Unverändert</p>

<sup>8</sup> Aufgehoben am 22. Oktober 2001 mit Wirkung ab 1. Januar 2001.

<sup>9</sup> Aufgehoben am 22. Oktober 2001 mit Wirkung ab 1. Januar 2001.

<sup>10</sup> Ergänzung vom 22. April 1991, in Kraft seit 28. August 1991.

<sup>11</sup> Ergänzung vom 22. April 1991, in Kraft seit 28. August 1991.

<sup>12</sup> Aufgehoben am 22. Oktober 2001 mit Wirkung ab 1. Januar 2001.

<sup>13</sup> Ergänzung vom 22. April 1991, in Kraft seit 28. August 1991.

<sup>14</sup> Aufgehoben am 22. Oktober 2001 mit Wirkung ab 1. Januar 2001.

<b>§ 5 Rechtsmittel</b>	<b>Unverändert</b>
1) Gegenüber der Gemeindesteuerveranlagung ist kein selbstständiges Rechtsmittel gegeben.	<b>Unverändert</b>
2) Der Steuerpflichtige hat seine Rechte gegenüber der Gemeindesteuerveranlagung im Staatssteuer-Einsprache-, Rekurs- und Beschwerdeverfahren (§§ 122 – 131 StG) zu wahren.	<b>Unverändert</b>
3) – 4) <sup>15</sup>	<b>Unverändert</b>
<b>§ 6 Steuerbezug, Fälligkeit, Zinsen</b>	<b>Unverändert</b>
1) Die Gemeindesteuern werden am 30. September des Steuerjahres fällig. <sup>16</sup>	<b>Unverändert</b>
2) Beginnt die Steuerpflicht nach Ende September des Steuerjahres, werden die Steuern per Ende Dezember fällig. Hört die Steuerpflicht auf, werden die Steuern sofort fällig, beim Tod des Steuerpflichtigen hingegen erst 30 Tage nach Eröffnung der Veranlagung. Die Steuer auf Kapitalleistungen aus Vorsorge wird 30 Tage nach Eröffnung der Veranlagung fällig.	<i>Aufgehoben</i>
3) Die Gemeindesteuern werden jährlich bezogen. Liegt keine rechtskräftige Veranlagung vor, erfolgt der vorläufige Bezug der mutmasslichen Gemeindesteuern aufgrund früherer Einschätzungen, der Steuererklärung oder nach Massgabe des voraussichtlich geschuldeten Steuerbetrages. Der Bezug kann in Raten erfolgen.	<b>Unverändert</b>
4) Auf Steuerbeträgen, die vor dem Fälligkeitstermin bezahlt werden, wird ein Vergütungszins gewährt, jedoch im Maximum auf den Betrag der definitiven oder der provisorischen Rechnung.	<b>Unverändert</b>
5) Vom Eintritt der Fälligkeit an wird ein Verzugszins erhoben.	<b>Unverändert</b>
6) Der Gemeinderat setzt den Vergütungszins und den Verzugszins pro Kalenderjahr fest. Er ordnet das Nähere über das Inkasso- und Mahnwesen in einer Vollziehungsverordnung.	<b>Unverändert</b>
7) Auf Nachsteuern gemäss § 146 StG wird ein Verzugszins erhoben, wie er für die Staatssteuer gilt.	<b>Unverändert</b>

<sup>15</sup> Aufgehoben am 22. Oktober 2001 mit Wirkung ab 1. Januar 2001.

<sup>16</sup> Änderung vom 22. Oktober 2001, mit Wirkung ab 1. Januar 2001.

<p><b>§ 7 Stundung und Steuererlass</b></p>	<p><b>Unverändert</b></p>
<p>1) Bei Zahlungsschwierigkeiten können für alle durch die Gemeinde einzuziehenden Steuern durch den Gemeinderat Stundung oder andere Zahlungserleichterungen gewährt werden.</p> <p>2) Steuerpflichtigen, die in Not geraten sind oder sich aus anderen Gründen in einer Lage befinden, in der die Bezahlung der ganzen Steuer für sie zur unbilligen Härte würde, kann der Gemeinderat die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen, vorbehalten bleibt § 142 Abs. 3 StG.</p>	<p><b>Unverändert</b></p> <p><sup>2</sup> Steuerpflichtigen, die in Not geraten sind oder sich aus anderen Gründen in einer Lage befinden, in der die Bezahlung der ganzen Steuer für sie zur unbilligen Härte würde, kann der Gemeinderat die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen, soweit nicht der Kanton dafür zuständig ist.</p>
<p><b>§ 8 Inkrafttreten, Aufhebung bisheriger Bestimmungen</b></p>	<p><b>Unverändert</b></p>
<p>1) Dieses Reglement tritt auf den 1. Januar 1975 in Kraft. Es wird erstmals auf die Steuern des Jahres 1975 angewendet.</p>	<p><b>Unverändert</b></p>
<p>2) Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements sind alle damit im Widerspruch stehenden Bestimmungen aufgehoben, insbesondere</p> <p>1. das Steuerreglement vom 4. März 1957 mit Nachträgen vom 25. Januar 1965, 13. Dezember 1968 und 6. März 1972 soweit es nicht bereits gemäss § 193, Abs. 2 Ziffer 4 StG ausser Kraft gesetzt ist,</p> <p>2. das Reglement betr. die Erhebung einer Billetsteuer vom 24. Oktober 1961.</p>	<p><b>Unverändert</b></p>
<p>3) Zur Erlangung der Rechtskraft bedarf das Reglement der Zustimmung der Finanz- und Kirchendirektion.<sup>17</sup></p>	<p><b>Unverändert</b></p>

<sup>17</sup> Fassung vom 22. April 1991, in Kraft seit 28. August 1991.